



Niederschrift

Gremium:	Ratsversammlung		
Sitzungsnummer:	RAT 07/02	Sitzungsdatum:	26.06.2007
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	21:00 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal der Altentagesstätte, Pommernstr. 91		

Teilnehmerliste:

Frau Plambeck, Heide-Marie	Bürgermeisterin		CDU
Herr Bannick, Andreas	Ratsherr		CDU
Frau Clauß, Christiane	Ratsfrau		B90/GRÜNE
Herr Daniel, Peter	Ratsherr		SPD
Frau Eßler, Ursula	Ratsfrau		FDP
Herr Euler, Jürgen	Ratsherr		CDU
Frau Fischer-Neumann, Verena	Ratsfrau		SPD
Herr Früchtenicht, Klaus	Ratsherr		SPD
Herr Hatje, Arnold	Ratsherr		CDU
Herr Heitmann, Ernst-Ewald	Ratsherr		CDU
Frau Heitmann, Angelika	Ratsfrau		CDU
Herr Hippke, Thomas	Ratsherr	ab 19.40 Uhr, TOP 2	CDU
Herr Kimstädt, Sebastian	Ratsherr		SPD
Herr König, Rolf	Ratsherr		SPD
Herr Lichte, Horst	Ratsherr		SPD
Herr Quast, Andreas	Ratsherr		CDU
Herr Rahn, Helmut	Ratsherr		B90/GRÜNE
Herr Ramin, Alexander	Ratsherr		FDP
Herr Reetz, Joachim	Ratsherr		CDU
Herr Schley, Sebastian	Ratsherr		SPD
Herr Schmidt, Wilhelm	Ratsherr		CDU
Frau Sörensen, Silke	Ratsfrau		CDU
Frau Vennemann, Christiane	Ratsfrau		B90/GRÜNE
Herr Zwicker, Jens	Ratsherr		CDU
Herr Krügel, Roland	Bürgermeister		
Herr Borchert, Peter	Amtsleiter		
Frau Bräuß, Ute	Fachdienstleiterin		
Herr Rechter, Jörg-Andreas	Fachdienstleiter		
Frau Ries, Inga	Büroleiterin	Protokollführeri n	

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der fristgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.03.2007	
4	Bericht des Bürgermeisters II/2007	VO/07/208
5	Neubesetzung des Schiedsamtes	VO/07/165
6	Planfeststellungsverfahren des Kreises Pinneberg zur K22 Hier: Stellungnahme der Stadt Tornesch - Antrag der CDU-Fraktion -	VO/07/210
7	Umbesetzung von Ausschüssen	VO/07/202
8	Erlass einer 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung)	VO/07/002-1
9	Bericht und Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Jahre 2006	VO/07/197
10	Jahresrechnung 2006	VO/07/196
11	Fortsetzung der Gewährung des KiTa-Talers und freiwillige Sozialstaffel der Stadt Tornesch ab dem 01.08.2007	VO/07/154
12	Änderung der Richtlinie der Stadt Tornesch zur Bezuschussung der Betreuung von Torneschern Kindern in Tagespflege	VO/07/158-1
13	Weiterfinanzierung der Schülerbegleitenden Hilfen und des Ganztagsangebots an der Wilhelm-Busch-Schule	VO/07/187
14	Schülerbeförderung der Realschüler/innen zur Gustav-Heinemann-Schule in Uetersen	VO/07/163
15	Übernahme der Trägerschaft des Medienzentrums des Kreises Pinneberg hier: Abschluss eines Trägerschaftsvertrages	VO/07/185
16	Außenbereichssatzung "Esinger Moor" - Beschluss zur Aufhebung -	VO/07/169

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der fristgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird ohne den TOP 4 „Anfragen von Ratsmitgliedern“ beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Die Vorsitzende, Frau BV Plambeck, eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Ratsversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass sie beschlussfähig ist. Sie teilt mit, dass der geplante TOP 4 entfallen kann, weil keine schriftlichen Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen sind. Über die so geänderte Tagesordnung lässt sie abstimmen.

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

2.1 Herr Jens Möller, Lindenweg 57, stellt zwei Fragen an die Verwaltung. Zu einem führt er die Geschwindigkeitsregelung im Lindenweg hinter der Kreuzung Baumschulenweg/Gärtnerweg an und fragt an, ob die Verwaltung für die Anlieger Lösungsvorschläge hat. Zum anderen möchte er wissen, was die Stadt mit dem Grundstück Kleiner Moorweg/Ecke Lindenweg vor hat und wie es planmäßig eingestuft ist.

Bgm. Krügel antwortet, dass er sich vorstellen könne, in Absprache mit der Straßenverkehrsaufsicht und der Polizei die 30 km/h-Zone bis hinter dem Kleinen Moorweg auszuweiten. Eine Rechts-vor-Links-Regelung bis hinter dieser Straße könnte nach seiner Ansicht die Geschwindigkeiten herabsetzen.

Zur weiteren Frage antwortet er, dass die Stadt das Grundstück als Vorratsgrundstück erworben hat. Dieses Gebiet ist als Gewerbegebiet ausgewiesen.

2.2 Frau Maike Gleich, Lindenweg 51, möchte wissen, wie die Stadt die Verkehrssituation im Lindenweg durch die Ansiedlung von Gewerbe im Gewerbegebiet Mitte, z.B. durch die Erweiterung der Firma HellermannTyton, zu lösen gedenkt, bzw. wie sie unterbinden will, dass noch mehr Verkehr durch den Lindenweg fließt. Sie merkt an, dass auch die Arbeitnehmer den Lindenweg als Arbeitsweg nutzen.

Bgm. Krügel antwortet, dass die Zufahrt zu HellermannTyton über den Großen Moorweg erfolgt. Auch die auswärtigen Arbeitnehmer würden diesen Anfahrtsweg wählen.

Frau Gleich fordert eine andere Zuwegung zum Gewerbegebiet als den Lindenweg.

2.3 Herr Andreas Lassen, Lindenweg 18, spricht den schlechten baulichen Zustand des Lindenweges an und möchte wissen, wer die Reparaturkosten zahlt.

Bgm. Krügel antwortet, dass nach geltendem Recht die Stadt für die Unterhaltungs- und Reparaturkosten aufkommt, die Anlieger tragen bei einer Erneuerung der Straße 90 der Kosten.

Frau Bianca Kruse, Lindenweg 57, fragt nach, ob die Anlieger tatsächlich die Schäden, die überwiegend durch LKW's entstanden sind, tragen müssen. Bgm. Krügel bejaht die Frage, wenn es sich um eine Erneuerung handelt.

2.4 Herr Michael Ammann, Denkmalstr. 6 c, äußert zu den Anliegern des Lindenweges, dass diese nicht als einzige durch erhöhtes Verkehrsaufkommen betroffen sind. Er als Anlieger der Denkmalstraße hofft auf die K 22 als Entlastung. Das würde auch auf den Lindenweg zutreffen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.03.2007

Beschluss:

Die Ratsversammlung genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung

vom 13.03.2007.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RF Clauß bittet darum, die Fraktionszugehörigkeit der Ratsmitglieder wieder zu benennen und die entschuldigt fehlenden Mitglieder aufzuführen. Die Verwaltung sagt dies zu. Weitere Anmerkungen werden nicht gemacht.

Nach der Beschlussfassung und nach dem Eintreffen von RH Hippke unterbricht BV Plambeck die Sitzung, um Herrn Hippke für zehnjährige Zugehörigkeit zur Ratsversammlung zu ehren. Sie bedankt sich bei ihm für seine ehrenamtlich geleistete Tätigkeit. Von BV Plambeck und Herrn Bgm. Krügel erhält er eine Dankurkunde und einen Blumenstrauß.

TOP 4 Bericht des Bürgermeisters II/2007

Beratungsverlauf:

Bgm. Krügel verliest seinen Bericht. Nachfragen werden nicht gestellt.

TOP 5 Neubesetzung des Schiedsamtes

Beschluss:

1. Herr Werner Ulrich wird für die Dauer von fünf Jahren zum neuen Schiedsmann für den Bezirk der Stadt Tornesch gewählt.
2. Frau Renate Arlt wird für die Dauer von fünf Jahren zur neuen stellvertretenden Schiedsfrau für den Bezirk der Stadt Tornesch gewählt.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Frau BV Plambeck und Herr Bgm. Krügel überreichen Frau Arlt und Herrn Ulrich Blumensträuße zur Wahl.

TOP 6 Planfeststellungsverfahren des Kreises Pinneberg zur K22
Hier: Stellungnahme der Stadt Tornesch
- Antrag der CDU-Fraktion -

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreis Pinneberg als Planungsbehörde und den Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr des Kreises Pinneberg umgehend über die (noch immer) aktuelle Beschlusslage der Tornescher

Selbstverwaltungsgremien zu informieren und zu fordern, dass diese in den weiteren Verkehrsplanungen des Kreises berücksichtigt wird.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Somit ist der Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Beratungsverlauf:

RH Reetz begründet für die CDU den Fraktionsantrag. Die K22 ist seit über 20 Jahren Thema in Tornesch. Der Kreis Pinneberg hat ein neues Planfeststellungsverfahren auf den Weg gebracht. Die CDU-Fraktion möchte mit dem heutigen Beschluss dem Kreis als Vorhabenträger an die Tornescher Beschlusslage erinnern. Die Tornescher Beschlüsse sahen immer eine Kopplung der K22 mit dem Bau der Westumgehung Pinneberg vor. Hieran möchte die CDU festhalten.

RH Kimstädt nimmt für die SPD-Fraktion Stellung. Er lehnt den Antrag als „Show-Antrag“ ab, da er seiner Meinung nach die CDU-Basis im Ortsteil Esingen befriedigen soll, mit dem Ziel, den Bau der K 22 zu verzögern. Die Kreistagsfraktion der CDU hat hier eine abweichende Meinung. Die Tornesch SPD stand immer zum Bau der K22, wobei sie sich wünschen würde, dass der zweite Bauabschnitt vor dem dritten Bauabschnitt realisiert werden würde. Diese Eingabe sollte man dem Kreis weiterleiten. Nach seinem Dafürhalten wäre eine Beratung im Bau- und Planungsausschuss statt in der Ratsversammlung richtiger gewesen.

RF Fruchtenicht erinnert daran, dass die Verwaltung in der letzten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses über den Sachstand zur K 22 berichtet hat. Er sagt, dass der Bau des dritten Abschnittes zusätzlichen Verkehr nach Esingen bringen wird. Er möchte über das Thema gerne im Bau- und Planungsausschuss beraten, denn seiner Meinung nach sind viele Erfordernisse, die in das Planverfahren in den letzten Jahren eingeflossen sind, heute nicht mehr erforderlich. Er stellt den Antrag, dass Thema zurück in den Bau- und Planungsausschuss zu verweisen.

RH Ramin äußert für seine Fraktion, dass sie grundsätzlich zum Bau der K 22 steht, jedoch eine südliche Umfahrung des Ortsteil Esingen favorisiert. Er stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion um den letzten Satz „Dabei ist eine südliche Umfahrung des Ortsteils Esingen zu favorisieren“ zu ergänzen.

RH Reetz begründet noch mal den Beschlussvorschlag, dass die Stadt Tornesch vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens reagiert, damit Tornesch sich in die überregionale Verkehrsplanung einbringen kann, die notwendig ist, damit Tornesch nicht noch mehr Verkehr durch den Bau der K 22 bekommt.

RH Rahn erinnert daran, dass in dem vor Gericht nicht standgehaltenen Planfeststellungsbeschluss die Anbindung an die Westumgehung auch nicht enthalten war. Er sieht keine neuen Erkenntnisse. RH Reetz betont noch mal, dass die K 22 alleine keine Verkehrsprobleme löst.

Die K 22, so RH Hippke, soll den Ortskern und die K 20 entlasten. Damit dies auch eintritt, ist die Einbindung in eine überregionale Verkehrsplanung in der Region unbedingt notwendig. Er regt an, im Beteiligungsverfahren in Abschnittplanung zu überdenken.

RF Clauß äußert zum CDU-Antrag, dass dieser sich auf die aktuelle Beschlusslage der Stadt Tornesch bezieht. Sie hätte sich gewünscht, dass die Beschlüsse mit angeführt worden wären. Die Beschlusslage führt zu einem Verkehrszusammenbruch im Ortsteil Esingen, daher muss der Tunnelbau vorgezogen werden. Sie plädiert daher dafür, dass eine andere Beschlusslage herbeigeführt wird.

Nach einer weiteren Diskussion, an der sich auch Bgm. Krügel beteiligt, bittet BV Plambeck um Abstimmung über den erweiterten Beschlussvorschlag. RH Ramin zieht daraufhin seinen Ergänzungsantrag zurück. Somit lässt sie zunächst über den weitergehenden Antrag, dem CDU-Antrag, abstimmen. Dieser wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Danach lässt sie über die Antrag von RH Fruchtenicht abstimmen, dass Thema zur Beratung in den Bau- und Planungsausschuss zu verweisen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

TOP 7 Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung wählt RF Silke Sörensen statt RH Ernst-Ewald Heitmann zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen.

2. Die Ratsversammlung nimmt nachstehende Ausschuss-/Gremienumbesetzungen vor:

➤ **Hauptausschuss**

CDU-Fraktion:

Ausschussmitglied: RH Wilhelm Schmidt statt RH Ernst-Ewald Heitmann
Stellvertreter: RH Andreas Bannick statt RH Wilhelm Schmidt

➤ **Bau- und Planungsausschuss**

CDU-Fraktion:

Stellvertreter: bgl. Mitglied Sven Rachow statt RH Ernst-Ewald Heitmann

FDP-Fraktion:

3. Stellvertreter bgl. M. Hans-Georg Meinrath statt RF Ursula Eßler

➤ **Ausschuss für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen**

CDU-Fraktion

Ausschussmitglied: bgl. Mitglied Christoph Zinger statt RH Ernst-Ewald Heitmann
Stellvertreter: RH E.-E. Heitmann statt bgl. Mitglied Christoph Zinger

➤ **Umweltausschuss**

FDP-Fraktion

Mitglied: bgl. Mitglied Gunnar Werner statt bgl. Mitglied Peter Brandes
Stellvertreter: bgl. M. Hans-Georg Meinrath statt bgl. Mitglied Matthias Müller,
3. Stellvertreter: bgl. M. Peter Brandes statt nicht besetzt

➤ **Verbandsversammlung Schulverband Tornesch – Uetersen**

CDU-Fraktion

Mitglied:	RF Silke Sörensen	statt	RH Ernst-Ewald Heitmann
Stellvertreter:	bgl. M. Sven Rachow	statt	RF Silke Sörensen

➤ **Kindergartenbeiräte**

CDU-Fraktion

Stellvertreter:	bgl. M. Christoph Zinger	statt	RH Ernst-Ewald Heitmann
-----------------	--------------------------	-------	-------------------------

➤ **Gemeindewahlausschuss**

FDP-Vertreter:	Frau Ulrike Eßler	statt	Herrn Hans-Georg Meinrath.
----------------	-------------------	-------	----------------------------

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

Ohne Aussprache

TOP 8	Erlass einer 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung)
-------	--

Beschluss:

1. Die der Vorlage anliegende 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung) vom 02.04.2003 wird beschlossen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung auszufertigen und bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen	3 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

Bgm. Krügel erläutert kurz mündlich die Vorlage. RF Clauß sagt für die GRÜNEN, dass diese die Höhe der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder ablehnen. Die Höchstgrenzen wurden voll ausgeschöpft, dass macht längst nicht jede Stadt und Gemeinde im Kreis Pinneberg. Sie spricht sich auch gegen eine „automatische“ Anpassung an die Höchstbeträge aus.

TOP 9	Bericht und Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Jahre 2006
-------	---

Beschluss:

Über die in der Liste nachgewiesenen und im Einzelfall unter 50.000 € liegenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 323.967,91 € (Verwaltungshaushalt 270.414,40 € und Vermögenshaushalt 53.553,51 €), hat der Bürgermeister der Ratsversammlung zu berichten.

Die Ratsversammlung nimmt von den nachgewiesenen unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben (im Einzelfall unter 50.000 €) hiermit Kenntnis.

Die überplanmäßige Ausgabe bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 117.364,00 €, die auf ein höheres Einkommen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen ist, wurde auch bereits am 31.5.2007 im Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung beraten und eine Genehmigung durch die Ratsversammlung empfohlen.

Mithin beschließt die Ratsversammlung die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 117.364,00 € nachträglich als Genehmigung.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung, RH Reetz, betont noch mal, dass die Ratsversammlung nur die überplanmäßige Ausgabe bei der Gewerbesteuerumlage beschließen muss. Er bittet die Ratsversammlung um Zustimmung.

TOP 10 Jahresrechnung 2006

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt wie folgt:

- "1. Das Ergebnis der Jahresrechnung für das HH-Jahr 2006 im Verwaltungshaushalt wird in Einnahme und Ausgabe auf 16.042.706,54 € (bereinigtes Soll) festgestellt.
2. Das Ergebnis der Jahresrechnung für das HH-Jahr 2006 im Vermögenshaushalt wird in Einnahme und Ausgabe auf 1.607.456,13 € (bereinigtes Soll) festgestellt."

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RH Reetz berichtet, dass der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung am 31.05.2007 die Jahresrechnung geprüft hat und übereingekommen ist, der Ratsversammlung zu empfehlen, die Jahresrechnung zu beschließen.

RF Clauß sagt, dass sie als Mitglied des Ausschusses, noch ihre Vertreterin, leider nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Nur aus diesem Grund werden sich die GRÜNEN enthalten.

TOP 11 Fortsetzung der Gewährung des KiTa-Talers und freiwillige Sozialstaffel der Stadt Tornesch ab dem 01.08.2007

Beschluss:

Die Gewährung des „KiTa-Talers“ sowie freiwillige Sozialstaffel der Stadt Tornesch für die Betreuung von Tornescher Kindern in Tornescher Kinderbetreuungseinrichtungen wird im Kindergartenjahr 2007/2008 fortgesetzt.

Zusätzlich zu dieser Förderung erfolgt zugunsten Tornescher Kinder bei Betreuung in einer Tornescher Kinderbetreuungseinrichtung eine Anpassung des Kita-Talers um den jeweiligen Erhöhungsbetrag nach Betreuungszeit zum 01.08.2007 gem. der kreiseinheitlich vorgesehenen Gebührenerhöhung.

Im Rahmen der Planungen zum Nachtragshaushalt 2007 sind die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel entsprechend zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

Nach Vortrag des Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen, RH Lichte, über den Sachverhalt erfolgt keine weitere Aussprache.

TOP 12	Änderung der Richtlinie der Stadt Tornesch zur Bezuschussung der Betreuung von Tornescher Kindern in Tagespflege
--------	--

Beschluss:

Der Richtlinie der Stadt Tornesch zur Bezuschussung der Betreuung von Tornescher Kindern in Tagespflege gemäß § 2 Abs. 1 Kindertagesstättengesetz wird in der vorliegenden Form zugestimmt. Die Förderung danach ist zunächst auf den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2007 befristet. Zur Sicherstellung der Zahlung an alle Antragsteller werden die bereitgestellten Haushaltsmittel um 10.000,-- € auf 12.500,-- € erhöht. Die Mehrkosten sollen durch Minderausgaben bei den Kindertagesstätten aus den Jahresrechnungen 2006 gedeckt werden. Sofern dies nicht möglich ist, soll die Deckung durch Steuermehreinnahmen oder Minderausgaben im Rahmen der Korrekturen bei der Erstellung des Nachtragshaushaltes für 2007 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

RH Lichte erläutert, dass nunmehr laut Richtlinie die Bezuschussung für alle anerkannten qualifizierten Tagesmütter möglich sein wird. Sie wurde weiterhin um einen Passus erweitern, dass eine Bezuschussung nur möglich ist, wenn kein adäquates Angebot in den Tornescher Kindertagesstätten vorhanden ist. Er bittet um Zustimmung.

TOP 13	Weiterfinanzierung der Schülerbegleitenden Hilfen und des Ganztagsangebots an der Wilhelm-Busch-Schule
--------	--

Beschluss:

Die Stadt Tornesch stimmt einer Verknüpfung der beiden beschriebenen Maßnahmen (SbH und flexibles Nachmittagsangebot) - wie im der Vorlage vorliegenden Antrag der Wilhelm-Busch-Schule dargestellt - zu und übernimmt zusätzlich zu den bisher für die schülerbegleitenden Hilfen und das Ganztagsangebot an der WBS bereitgestellten Mittel die zu einer Grundversorgung noch offenen Kosten von etwa 3.000 € pro Jahr, sofern diese nicht durch andere Zuschussgeber getragen werden.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RH Lichte berichtet, dass mit der Beschlussempfehlung auf die wegfallenden Fördermittel reagiert wird und die Schülerbegleitenden Hilfen“ und das Ganztagsangebot an der Willhelm-Busch-Schule finanziell und organisatorisch enger verknüpft werden um beide wichtigen Angebote weiter halten zu können.

RF Clauß sagt, dass sie es positiv sieht, dass Tornesch einen entsprechenden Beschluss in der Angelegenheit fasst, sieht es aber als falsches Zeichen an das Land, welches das Förderprogramm auslaufen lässt.

TOP 14 Schülerbeförderung der Realschüler/innen zur Gustav-Heinemann-Schule in Uetersen

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt, dass die Fahrkosten, die von der Stadt Uetersen für die Beschulung der 10. Jahrgangsstufe der Realschule Tornesch an der Gustav-Heinemann-Schule nicht übernommen werden, werden den Erziehungsberechtigten bis zu 100 % erstattet.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RH Lichte berichtet, dass der letzte Jahrgang der Realschule Tornesch nach den Sommerferien zur Gustav-Heinemann-Realschule nach Uetersen wechselt. Damit den Eltern keine Mehrkosten für die zusätzliche Schülerbeförderung entstehen, sollen sie von den entsprechenden Kosten entlastet werden. Er bittet die Ratsversammlung um Zustimmung.

TOP 15 Übernahme der Trägerschaft des Medienzentrums des Kreises Pinneberg hier: Abschluss eines Trägerschaftsvertrages

Beschluss:

Die Übernahme der Trägerschaft für das Medienzentrum des Kreises Pinneberg wird zu den im der Vorlage vorliegenden Vertragsentwurf spezifizierten Konditionen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:**24 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen****Beratungsverlauf:**

RH Lichte berichtet, dass seiner Meinung nach der Kreis Pinneberg mit seiner Beschlussfassung die Stadt Tornesch zeitlich etwas unter Druck gesetzt hat. Er begrüßt jedoch inhaltlich die Entscheidung des Kreises, dass Medienzentrum an die Stadt Tornesch abzugeben und bittet um Zustimmung.

TOP 16 Außenbereichssatzung "Esinger Moor"
- Beschluss zur Aufhebung -

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss vom 06.09.2004 sowie der Satzungsbeschluss vom 25.10.2005 zur Außenbereichssatzung „Esinger Moor“ für das Gebiet nordwestlich der Ahrenloher Straße sowie östlich, nördlich und westlich der bebauten Ortslage des Siedlungsbereichs Esinger Moor werden aufgehoben.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufhebung der Außenbereichssatzung nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:**11 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen 12
Enthaltungen****Beratungsverlauf:**

RF Eßler führt aus, dass aufgrund eines FDP-Antrages der Bau- und Planungsausschuss die Aufhebung der Außenbereichssatzung der Ratsversammlung empfohlen hat. Die FDP war schon lange von der Rechtswidrigkeit der Satzung überzeugt und hat darauf entsprechend reagiert, um den Betroffenen keine falsche Rechtssicherheit zu geben. Dafür wurde die Fraktion heftig kritisiert.

Der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, RH Hatje, vermisst von Seiten des Landes und des Kreises fehlende Unterstützung, um eine rechtskonforme Lösung zu finden. Der Kreis Pinneberg hat einzig und alleine gesagt, dass er die Satzung für rechtswidrig hält und deshalb nicht anwendet.

RF Clauß erinnert daran, dass die Satzung im Herbst 2005 beschlossen wurde. Vor der Beschlussfassung hat sie sich öfter nach dem Stand des Beteiligungsverfahrens erkundigt. Von der kritischen Haltung des Kreises wurde nicht berichtet. Letztendlich geht es jedoch darum den Betroffenen zu helfen, denen das Damoklesschwert der Abrissverfügung droht. Die Politik möchte hier unterstützen. Auch sie kritisiert das Verhalten des Kreises, der wohl auf eine andere Lösung hofft. Um eine Lösung zu finden, muss zunächst die Außenbereichssatzung aufgehoben werden.

RH Schley bittet die Verwaltung, die Fraktionen über den jeweiligen Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Landesbauordnung zu informieren. Bgm. Krügel hatte einen Vorschlag zur Lösung durch eine Regelung in der Landesbauordnung formuliert.

Bgm. Krügel betont, dass er sich eigentlich ein Normenkontrollverfahren zur Überprüfung der Satzung gewünscht hätte. Dies ist nach der Aufhebung nicht mehr möglich.

RH Fruchtenicht erinnert daran, dass die Ratsversammlung vor zwei Jahren stolz darauf war, eine Lösung gefunden zu haben. Er bedauert die Aufhebung.

RF Heitmann, sagt, dass es niemals die Absicht der Ratspolitiker war, Schwarzbauten im Außenbereich zu legalisieren. Ihrer Meinung nach ist die Außenbereichssatzung nach den BBauG möglich und rechtskonform.

RF Eßler macht deutlich, dass die Bewohner auch ohne die Satzung Möglichkeiten haben, an ihren Häusern an- und umzubauen. Sie ist der Meinung, dass Bgm. Krügel lange von der „Gesetzeswidrigkeit“ wusste. RF Clauß möchte daraufhin von Bgm. Krügel wissen, ob er zum Zeitpunkt der Beschlussfassung wusste, dass der Kreis Pinneberg sie für rechtswidrig hält. Er verneint die Frage mit dem Hinweis, dass nur ein Oberwaltungsgericht diese Frage entscheiden könne. Er ist immer noch der Meinung, dass sie rechtskonform ist. Die Rechtsauffassung des Kreises Pinneberg sei kein Gesetz.

Tornesch, den 06.07.2007

Heide-Marie Plambeck
Vorsitzende

Joachim Reetz
Ratsmitglied

Inga Ries
Protokollführerin